

PROTOKOLL ÜBER DIE SITZUNG
DER GEMEINDEVERTRETUNG ASCHEBERG

- öffentlicher Teil -

Sitzung: vom 17. März 2009
im Landgasthof Langenrade in Ascheberg
von 19:30 Uhr bis 21:11 Uhr (öffentlicher Teil)
von 21:21 Uhr bis 22:30 Uhr (nichtöffentlicher Teil)

Unterbrechung: von 21:11 Uhr bis 21:21 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: 17

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 1 bis 10 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den lfd. Nr. 1 - 8.

Anwesend:

a) Stimmberechtigt:

BGM Joachim Runge
als Vorsitzender

GV'in Susanne Dardzinski
GV Christian Gill
GV Jürgen Gast
GV Rainer Hadeler
GV Horst Jurgeneit
GV'in Silvia Köhler
GV'in Irene Kowalzik
GV Matthias Linke

GV Hubert Meier
GV Herbert von Mellenthin
GV Thomas Menzel
GV Frank Pieters
GV Hans-Christian Pries
GV Volker Saggau
GV Thure Schnoor
GV'in Jutta Totz

b) nicht stimmberechtigt:

Protokollführer: Frau Rönck, Amt Großer Plöner See
Presse: Herr Schneider (KN); Zuhörer/innen: ca. 65

Es fehlten entschuldigt: ./.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung Ascheberg waren durch Einladung vom 04.03.2009 zu Dienstag, 17. März 2009 um 19:30 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Der Bürgermeister stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladung keine Einwände erhoben wurden.

Die Gemeindevertretung war nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tag, Zeit und Ort der Sitzung waren öffentlich bekannt gegeben worden.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 26. Februar 2009
4. Bekanntgaben des Bürgermeisters
5. Einwohnerfragestunde
6. 2. Änderung der Verbandssatzung des Schulverbandes Plön Stadt und Land
7. Bürgerentscheid; hier: Festlegung der Standpunkte und Begründungen der Gemeindevertretung gemäß § 10 Abs. 2 GKAVO
8. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

In nichtöffentlicher Sitzung:

9. Personalangelegenheiten
10. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwände erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

keine

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher/nichtöffentlicher Sitzung statt.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Vor Beginn der Sitzung werden folgende Unterlagen von der Verwaltung a) als *Tischvorlage* und b) zur *Kenntnisnahme* verteilt:

zu a) Tischvorlage

1. Entwurf der Klageschrift an das Verwaltungsgericht in Sachen Klage der Gemeindevertretung Ascheberg gegen den Bürgermeister der Gemeinde Ascheberg; hier: Übertragung der Schmutzwasserangelegenheiten auf den Zweckverband Ostholstein incl. Vollmacht
2. Stellungnahme der Gemeindevertretung zum Beitrittsbeschluss zum Zweckverband Ostholstein zum TOP 7. Ergänzend zu dieser Stellungnahme wird das Gesamtpaket der Auslegung zur Kenntnis verteilt.

zu b) Kenntnisnahme

1. Schreiben der Anwohner des Matthias-Claudius-Ring 13 – 17 und 16 – 20 vom 12.03.2009 zur Verkehrsberuhigung
2. Vermerk der Verwaltung zum GV-Beschluss vom 26.02.2009, TOP 18, und 16.03.2009

TOP 1

Begrüßung

BGM Runge begrüßt alle Anwesenden, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest sowie die Beschlussfähigkeit der Gemeindevertretung. Anwesend sind 17 von 17 Personen.

TOP 2

Genehmigung der Tagesordnung

Es werden folgende Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung gestellt:

In öffentlicher Sitzung:

Erhebung der Feststellungsklage gegen den Bürgermeister sowie Festsetzung der Kosten für das Verfahren.

dafür: 10

dagegen: 7

Enthaltungen: 0

In nichtöffentlicher Sitzung:

Wasserläufe Glasholz

dafür: 10

dagegen: 7

Enthaltungen: 0

Anmerkung:

Gemäß § 34 GO bedarf es zur Ergänzung der Tagesordnung einer 2/3-Mehrheit. Diese ist in beiden Fällen nicht gegeben, somit wird die Tagesordnung nicht ergänzt.

TOP 3

Genehmigung der Niederschrift vom 26. Februar 2009

Die Niederschrift wird mit folgenden Änderungen und Ergänzungen genehmigt:

1. Korrektur des Beschlusses zum TOP 7 vom 26.02.2009:
Hier ist es offenbar im Zuge der Beschlussfassung zu Unstimmigkeiten zu Beschlussempfehlungen des Planungs- und Bauausschusses und der Beschlussfassung der Gemeinde-

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

vertretung gekommen. Der Beschluss ist in sich widersprüchlich.

Der Beschluss wird daher wie folgt richtiggestellt:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung zu veranlassen und die Aufträge im Rahmen der Kostenschätzung zu vergeben. Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Baumaßnahmen spätestens zu Beginn der Badesaison (31.05.2009) abgeschlossen sein müssen. Die weiteren nachfolgenden zwei Sätze (Für diese Ausschreibung sind fünf Kostangebote einzuholen. Sollte der nächste Planungs- und Bauausschuss zeitlich vor der Sitzung der Gemeindevertretung tagen, wird ihnen die Aufgabe der Vergabe bzw. der Entscheidung übertragen) werden ersatzlos gestrichen.

dafür: 17

dagegen: 0

Enthaltungen: 0

2. Der Bürgermeister wird befragt, was er im Hinblick auf den Redebeitrag in TOP 5 „Einwohnerfragestunde“ von Herrn Wierig zu tun gedenkt.
Diese Anfrage wird zurückgezogen und soll in der Einwohnerfragestunde nochmals gestellt werden.
3. TOP 12
Hier hat sich der Fehlerteufel eingeschlichen:
Statt Bahnhof muss es *Bahnübergang* heißen.
4. TOP 10
Beschluss: Hier muss ein letzter Satz eingefügt werden, und zwar:
Die Verwaltung wird gebeten, die Anlieger entsprechend zu informieren.
5. TOP 21, 3. Zeile von unten:
Hier ist die Wortwahl, „dass der Planungs- und Bauausschuss nicht in der Lage sei“ etwas unglücklich gewählt; es soll eine Korrektur mit der Wortwahl: *der Planungs- und Bauausschuss ist nicht befugt ...* erfolgen.
6. TOP 15
Auch wenn es am Sitzungsabend nicht vorlag, möchte auch die AFW ein Statement zu dieser Problematik bekanntgeben; es soll Anlage zum Protokoll werden.
Anmerkung:
*Im alten Protokoll erfolgt nur ein Verweis auf dieses Statement; es wird nunmehr **Anlage** zum aktuellen Protokoll.*
7. Anlage zum Protokoll:
In der Anlage zum Protokoll war beim Statement der SPD eine E-Mail beigefügt von Herrn Dr. Christian Becker an Herrn Menzel. Diese Anlage ist am Sitzungstag nicht besprochen worden und soll daher aus der Protokollanlage entfernt werden. Hierüber ergeht eine kurze kontroverse Diskussion. Über die Entfernung der Anlage zum Protokoll wird abgestimmt.

dafür: 8

dagegen: 7

Enthaltungen: 2

Somit ist die Anlage zu entfernen.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Anmerkung der Verwaltung:

GV Haderer beanstandet im Protokoll, dass die Statements der SPD und CDU dem Protokoll angehängt wurden, die eigene mündliche, nicht schriftlich vorliegende Stellungnahme der AFW nur ganz knapp in zwei Sätzen wiedergegeben wurde. Er findet, dass die AFW-Fraktion daher gegenüber der SPD- und CDU-Fraktion benachteiligt wurde. Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 18 der Geschäftsordnung der Gemeinde im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte gemäß Buchst. g) lediglich folgende Teile einer Sitzung zu protokollieren sind: „den Wortlaut der Anträge und die Beschlüsse und Ergebnisse der Abstimmungen“. Diese Regelungen stehen im Einklang mit den geforderten Bestandteilen der Gemeindeordnung. Dieses bedeutet, dass im Grundsatz in einem Protokoll lediglich die Anträge sowie die Beschlüsse festzuhalten sind. Es besteht kein Anspruch auf Wiedergabe von Diskussionen und Redebeiträgen vor der Abstimmung. Dieses erfolgte bisher lediglich ohne Anerkennung einer Rechtsverpflichtung von den jeweiligen Protokollführern zum besseren Verständnis der Entstehung des Beschlusses. Weiter war es bisher in der Gemeinde gelebte Praxis, dass in Kenntnisnahme dieser Vorschrift jeder, der Wert darauf legte, seinen Redebeitrag bzw. sein Statement im Protokoll wiederzufinden, diesen im Anschluss an den Tagesordnungspunkt der Protokollführerin/Protokollführer als Anhang zum Protokoll mitgab. Durch die vorstehend eingetretene Diskussion über eine Anlage zum Protokoll der SPD ist diese Praxis erheblich in Zweifel gezogen worden. Es wird darauf hingewiesen, dass künftig eine Abstimmung in der Gemeindevertretung bzw. in den Ausschüssen über Unterlagen, welche Anlagen zum Protokoll werden sollen, durchgeführt werden sollte. Dann werden sich solche Probleme und Diskussionen in Zukunft vermeiden lassen.

Im Nachgang wird über die gesamten vorstehend genannten Änderungen abgestimmt:

dafür: 17**dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 4****Bekanntgaben des Bürgermeisters**

BGM Runge gibt Folgendes bekannt:

- Es fand wieder eine Wasseruntersuchung statt. Das Wasser der Gemeinde ist in Ordnung.
- Er selbst hat in der letzten Zeit 12 Ehren-Geburtstage und eine goldene Hochzeit besucht.
- Die AktivRegion hat beschlossen, u. a. auch die Brücke am Anleger in Ascheberg zu erneuern.
- Diverse Knicks, Rückhaltebecken und Gräben wurden geöffnet bzw. aufgeputzt.
- Er beantwortet die in der letzten GV-Sitzung unter TOP 20 Ziff. 5 aufgeworfene Frage, wie hoch der Pachtzins für den Schießstand in der Schule ist, wie folgt:
Der Pachtzins des TSV Plön beträgt 50 EUR pro Monat.
- Entgegen der Meinung von GV von Mellenthin unter TOP 20 Ziff. 2 der letzten GV-Sitzung vertretenen Ansicht, dass es gerade in dieser Angelegenheit klug gewesen wäre, keine Spende entgegenzunehmen, ist er der Auffassung, absolut richtig gehandelt zu haben und dieses auch immer wieder tun würde.

GV von Mellenthin fordert BGM Runge auf, zum vorletzten Punkt (Schießanlage Realschule) einen Antrag beim Schulverband zu stellen, dass für den großen Raum, den der TSV Plön dort nutzen kann, 50 EUR monatlich deutlich zu wenig sind und verweist zum letzten

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Bekanntgabepunkt des Bürgermeisters nochmals darauf, dass die Annahme einer Spende gerade in dieser Angelegenheit äußerst unklug gewesen ist.

TOP 5

Einwohnerfragestunde

- Herr Lübeck hat folgende Anliegen:

In der letzten Sitzung am 26.02.2009 hat er unter TOP 5 der Einwohnerfragestunde angefragt, ob die Bürgerinitiative einen Platz im Schaukasten der Gemeinde bis zum Ende des Bürgerbegehrens haben könnte. Er denkt hier an eine Hälfte des Schaukastens. Die Gemeindevertretung wollte diese Angelegenheit im Tagesordnungspunkt „Festlegung des Abstimmungstages und die Art der Information der Bürger und Bürgerinnen“ beraten. Dieses sei nicht geschehen, eine Antwort habe er nicht erhalten. Er verweist in diesem Zusammenhang auf § 7 der Geschäftsordnung der Gemeinde Ascheberg, Abs. 3 Satz 2, in welchem steht, dass in der Sitzung nicht beantwortete Fragen spätestens in der folgenden Sitzung der Gemeindevertretung zu beantworten sind. Er stellt daher erneut die Frage bzw. die Bitte an die Gemeinde, der Interessengemeinschaft einen Platz im Schaukasten einzuräumen.

GV' in Totz ist diese Frage nicht ganz klar. In einem Abstimmungsgespräch über das weitere Prozedere der Information der Bürgerinnen und Bürger unter Beteiligung der Bürgerinitiative „Abwasch“ wurde besprochen, dass in den Schaukästen der Gemeinde lediglich ein Hinweis ausgehängt wird, wo die Bürgerinnen und Bürger sich umfassend über die Stellungnahmen usw. informieren können.

Herr Lübeck erwidert, dieses sei richtig. Die Bürgerinitiative „Abwasch“ plant darüber hinaus jedoch weitere Informationen für Bürgerinnen und Bürger. Hierzu würde u. a. auch ein Platz im Schaukasten benötigt werden.

GV Hadeler unterstützt diese Bitte. Herr Lübeck besteht auf eine Antwort.

BGM Runge erklärt, dass die Frage nicht beantwortet werden kann – antwortet später jedoch mit „nein“.

Die nachfolgenden Minuten konnten aufgrund der allgemeinen Unruhe nicht protokolliert werden.

Nach Wiederherstellung der Ordnung bittet BGM Runge Herrn Lübeck, den Antrag schriftlich zu formulieren; er will diesen dann an den Geschäftsausschuss weiterleiten.

Die im Saal anwesende Frau Schröder vom Gasthof Langenrade gibt bekannt, dass sie ihren eigenen Schaukasten der Initiative „Abwasch“ zur Verfügung stellen wird.

- Herr Jess erfragt die Kosten für die Klage der Gemeindevertretung gegen den Bürgermeister. Antwort: Als Limit vorgesehen ist ein Betrag von 5.000 EUR, zuzüglich MwSt., welcher jeweils beiden Seiten zur Verfügung gestellt werden soll. Ergänzend hierzu würden von Seiten des Gerichtes Gerichtskosten erhoben werden.

Die weitere Diskussion geht im allgemeinen Lautstärkepegel unter.

Nach Wiederherstellung der Ordnung fordert GV' in Kowalzik den Bürgermeister auf, den Widerspruch und die Beanstandung zurückzunehmen.

GV Hadeler verweist auf § 7 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung der Gemeinde und erklärt, dass Herr Lübeck ein Recht auf Beantwortung der Frage hat.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

GV von Mellenthin erklärt, dass Auslöser der Kostenlawine der Widerspruch und die Beanstandung des Bürgermeisters ist. Zurzeit stellen sich ein Vollzug des Beschlusses der Gemeindevertretung zur Übertragung an den Zweckverband Ostholstein zwei Hindernisse entgegen. 1. Das Bürgerbegehren, welches abzuwarten ist und 2. der Widerspruch und die Beanstandung des Bürgermeisters. Er richtet einen dringenden Appell an den Bürgermeister, diese Kostenlawine zu stoppen und Widerspruch und Beanstandung zurückzunehmen.

Hiernach ergibt sich ein lebhafter Streit; eine Protokollierung ist nicht möglich.

Nach Wiederherstellung der Ordnung erklärt GV Gast, dass es in dieser Angelegenheit mehr Verlierer als Gewinner gibt. Die Fraktionen der SPD und der CDU wollen wesentlich für einen sinnlosen Rechtsstreit 12.000 – 15.000 EUR verschwenden. Er bezeichnet dieses als Rechthaberei und unterstellt den beiden vorgenannten Fraktionen, dass auf Biegen und Brechen geklagt werden soll.

- Frau Karp befragt die Unterzeichnende zum Ablauf einer Einladung. Hintergrund hierfür ist, dass bereits jemand Kenntnis von der Tagesordnung einer Einladung hatte, bevor die eigentlichen Mitglieder Kenntnis bekommen haben. Die Unterzeichnende erklärt den Ablauf einer Einladung, das Abstimmungsgespräch, das Aufsetzen und Versenden der Einladungen, Mitteilung an die Presse und das Einstellen ins Internet. Es ist daher möglich, dass sich die oder der Betreffende vor Zugang der Post bereits über das Internet über die Tagesordnung informiert haben kann.
- GV'in Kowalzik fragt den Werdegang eines Protokolls und die anschließende Abarbeitung in der Verwaltung an. Auch hier wird das Wort an die Unterzeichnende gerichtet. Diese berichtet kurz über den Ablauf in der Verwaltung vom Tag der aktuellen Niederschrift bis zur Erstellung des Protokolls und Weiterreichung der Auszüge an die einzelnen Sachbearbeiter.
- Herr Krüger fragt an, wie hoch der Streitwert in der Angelegenheit Feststellungsklage gegen den Bürgermeister ist. GV Pieters informiert, dass im Falle einer Feststellungsklage ein Streitwert nicht zu ermitteln ist. In solchen Angelegenheiten wird der Streitwert vom Gericht auf 5.000 EUR festgesetzt. In der Regel werden Rechtsanwaltskosten prozentual nach dem Streitwert berechnet. In diesem aufwändigen Verfahren würde dieses jedoch bedeuten, dass der zuständige Rechtsanwalt für geschätzte 400 EUR hätte tätig werden müssen. Für diesen Betrag wäre kein Verwaltungsrechtsexperte bereit, die Klage zu übernehmen. Daher ist es in solchen Fällen üblich, Honorarvereinbarungen zu schließen. Die Stundensatzvereinbarung in Höhe von 275 EUR ist in dieser Branche absolut üblich und nicht überteuert. Ausgehend von rd. 15 – 20 Stunden ergibt sich hier die Kostenvereinbarung in Höhe von 5.000 EUR zzgl. MwSt. Entsprechend wird der Anwalt von BGM Runge verfahren. So könnten sich für diesen Rechtsstreit Kosten in Höhe von rd. 12.000 – 15.000 EUR ergeben.

Herr Dr. Scheel fragt den Bürgermeister direkt, ob er angesichts dieser Kosten nicht bereit ist, seinen Widerspruch zurückzunehmen.

BGM Runge antwortet, dass er am 07.06. mehr wisse und den Widerspruch und die Beanstandung nicht zurücknehmen wird.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Herr Dr. Scheel antwortet darauf, dass somit der Bürgermeister verantwortlich für diese Kostenlawine ist.

Es erfolgt erneut eine kurze Unruhe, da der Bürgermeister sich diesen Vorwurf nicht gefallen lassen will.

Nach Wiederherstellung der Ordnung fragt Herr Dr. Schell die AFW-Fraktion, warum diese offensichtlich kein Interesse an der Klärung der Sachlage hat.

GV Haderer antwortet, dass Ergebnis in dieser Angelegenheit ist nur theoretisch. Es hat keinen Einfluss auf die Rechtsfolge, daher ist der Streit umsonst und viel zu teuer. Eine Entscheidung in der Sache wäre keine Hilfe bei der eigentlichen Folgeentscheidung.

Frau Karp gibt zu bedenken, dass doch jedem das Recht zugestanden werden müsse, sich zu verteidigen und seinen guten Ruf wieder herzustellen. Schließlich wird hier der Gemeindevertretung vorgeworfen, rechtswidrig gehandelt zu haben. Sie erklärt, dass der Bürgermeister es in der Hand habe, die ganze Sache jetzt noch zu entschärfen.

GV von Mellenthin erklärt, dass eine Entscheidung in der Sache notwendig ist.

GV Haderer antwortet zuerst auf die Frage von Frau Karp. Die AFW stellt nicht das Recht in Frage, sich zu verteidigen. Sie habe lediglich von ihren demokratischen Möglichkeiten Gebrauch gemacht und die Abwasserangelegenheit in ihrem Sinne vorangetrieben. An GV von Mellenthin gewandt, erklärt er, dass er es nicht für notwendig erachtet, in dieser Angelegenheit eine Sachentscheidung herbeizuführen. Er fordert vielmehr von Seiten der SPD und CDU Dialogfähigkeit ein.

BGM Runge zitiert sein Recht auf Widerspruch.

Herr Rudolf Kraft erklärt, die Gemeinde Ascheberg sollte doch einfach selbst ein Klärwerk bauen.

Frau Mielke kann sich das Verhalten der Gemeindevertretung nicht erklären. Es muss doch möglich sein, in dieser Angelegenheit eine Lösung zu finden.

GV Pieters spricht den Wunsch aus, dass der Bürgermeister seinen Widerspruch und Beanstandung zurücknimmt und die Gemeindevertretung sich dem Bürgerentscheid unterwirft. Hierauf erklärt BGM Runge, wenn sich die Bürger gegen eine Übertragung der Abwasserangelegenheit auf die Stadtwerke Plön aussprechen würden, würde er sich diesem Votum unterwerfen und ja zum Zweckverband sagen.

Aufgrund dieser Aussage kam es erneut zu Tumulten.

Nach Wiederherstellung der Ordnung fragt GV Linke, welche Folgen es derzeit hätte, wenn der Bürgermeister seinen Widerspruch und seine Beanstandung zurücknehmen würde. Antwort hierauf: Keine Folgen, da kein Einfluss auf den Bürgerentscheid.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

GV Pieters fragt an, wie es sein kann, dass BGM Runge bereit wäre, ein Votum der Bürger gegen die Stadt Plön (also für den ZVO) zu akzeptieren und den Beitritt zum ZVO zu unterschreiben, wenn er gleichzeitig gegen den Ursprungsbeschluss der Gemeindevertretung Widerspruch und Beanstandung eingelegt hat. Wie ist das rechtlich zu vereinbaren?

GV Hadeler erklärt, der Vorschlag von Herrn Dr. Scheel sei interessant. Er empfiehlt dem Bürgermeister, hierüber nachzudenken, ob er nicht auch schon im Hinblick auf die finanziellen Interessen der Gemeinde gegebenenfalls bereit wäre, Widerspruch und Beanstandung zurückzunehmen.

BGM Runge antwortet hierauf noch einmal, dass er sich dem Bürgervotum unterwerfen wird und in der Angelegenheit der Rücknahme des Widerspruches und der Beanstandung seinen Anwalt kontaktieren wird.

TOP 6

2. Änderung der Verbandssatzung des Schulverbandes Plön Stadt und Land

Das Wort wird an GV'in Totz übergeben. Sie weist darauf hin, dass seinerzeit die Gemeindevertretung den Beschluss gefasst hat, die Errichtung einer Gemeinschaftsschule zu befürworten. BGM Runge hat dann aber auf der Sitzung des Schulverbandes für die Regionalschule gestimmt. Sie folgert hieraus, dass es offensichtlich nicht reicht, nur Beschlüsse zu fassen, sondern bei solchen Entscheidungen dem Entscheidungsträger Weisung zu erteilen. Sie erklärt, dass die Gemeinde aufgrund des vorliegenden Sachverhaltes dem Beschlussvorschlag des Schulverbandes nicht zustimmen darf und fordert Enthaltung.

Im Anschluss wird über die Beschlussvorlage des Schulverbandes abgestimmt:

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Ascheberg nimmt die Entscheidungsvorlage zur 2. Änderung der Verbandssatzung des Schulverbandes Plön Stadt und Land vom 24.02.2009 zur Kenntnis. Sie stimmt der Satzung der 2. Änderung der Verbandssatzung in der vorliegenden Fassung zu. Die Verwaltung wird gebeten, dem Schulverband den Beschluss der Gemeindevertretung zu übersenden.

dafür: 0

dagegen: 3

Enthaltungen: 14

Damit ist der Beschluss abgelehnt.

TOP 7

Bürgerentscheid; hier: Festlegung der Standpunkte und Begründungen der Gemeindevertretung gemäß § 10 Abs. 2 GKAVO

Der Bürgermeister übergibt das Wort an GV'in Totz. Diese verweist auf das als Tischvorlage verteilte Papier. Es beinhaltet die festgesetzten Standpunkte und die Begründung der Gemeindevertretung sowie weitere Unterlagen (Vertragsentwürfe, Satzungen etc.) der Stadtwerke Plön und des Zweckverbandes Ostholstein, mit welchen interessierte Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden sollen, sich ein umfassendes Bild der Übertragung der Abwasserangelegenheiten zu machen. Frau Totz erklärt, dass Festlegungen der Standpunkte und der

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Begründung gleich im Wechsel von GV Menzel und GV Pieters vorgetragen werden. Zeitgleich wird dieses Schriftstück über einen Beamer zum Mitlesen an die Wand projiziert. Frau Totz erklärt, dass diese gesamte Mappe als Stellungnahme für die Bürgerinnen und Bürger wie folgt bereitgehalten wird:

1. Fünf Exemplare hiervon sollen im Gemeindehaus Langenrade ausliegen.
2. Exemplare zur Einsicht liegen in der Amtsverwaltung aus.
3. Die Daten werden in elektronischer Form auf der Homepage der Gemeinde Ascheberg dargestellt.
4. Die Amtsverwaltung wird die gesamte Stellungnahme ebenfalls in elektronischer Form zum Download auf ihrer Homepage bereithalten.
5. Über diese Art der Auslegung ergeht eine amtliche Bekanntmachung, welche u. a. im Bekanntmachungskasten der Gemeinde veröffentlicht wird.

Im Anschluss hieran beginnen Herr Menzel und Herr Pieters mit ihrem Vortrag.

Nach Beendigung des Vortrages erhizen sich die Gemüter im Saal. BGM Runge bezweifelt die Stellungnahme, hier insbesondere die vertretenden Standpunkte und die Begründung der Gemeindevertretung und bezichtigt die Verantwortlichen, Lügen aufgeschrieben zu haben.

GV Pieters fordert die Abstimmung über die Vorlage.

GV Haderer befürchtet Unsachlichkeiten im vorgelegten Entwurf.

Die weiteren Minuten können nicht niedergeschrieben werden, da sie im allgemeinen Stimmengewirr und einer Vielzahl von hin- und hergeworfenen Fragen, Vorwürfen und Antworten untergingen.

Über diesen Zeitraum kann lediglich festgehalten werden, dass GV Haderer mehrmals nachdrücklich gefordert hat, die Sichtweise der AFW am heutigen Abend zuzulassen und diese den Einwohnerinnen und Einwohnern präsentieren zu dürfen.

Nach Wiederherstellung der Ordnung wird ohne weitere Absprache aufgrund eines erneuten Antrages von GV Pieters über die Vorlage und das Bekanntmachungsprozedere abgestimmt:

dafür: 10

dagegen: 7

Enthaltungen: 0

TOP 8

Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

GV von Mellenthin bittet die Verwaltung um Klärung, wie hoch zur Sitzung am 09.12.2008 die jeweiligen Summen der Angebote der Stadt Plön bzw. der Stadtwerke Plön und des Zweckverbandes Ostholstein waren.

Eine Antwort in Form von zwei genannten Summen würde ihm genügen.

BGM Runge schließt die öffentliche Sitzung um 21:11 Uhr.

Es erfolgt eine 10-minütige Unterbrechung bis 21:21 Uhr.

Fortsetzung erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung; siehe hierzu gesondertes Protokoll.

BÜRGERMEISTER

PROTOKOLLFÜHRERIN

Joachim Runge

Tanja Rönck

Anlagen zum Protokoll:

zu TOP 3: Statement AFW-Fraktion zu TOP 15 des GV-Protokolls vom 26.02.2009